

**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENTINO - TIROLER ETSCHLAND**

**UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE**

SEDUTA

178.

SITZUNG

19 - 2 - 1964

Presidente: PUPP

Vicepresidente: ROSA

IV. LEGISLATURA - IV. LEGISLATOR PERIODE



INDICE

Disegno di legge n. 151 :

**« Stati di previsione dell'entrata e della
spesa della Regione Trentino - Alto Adige
per l'esercizio finanziario 1964 »**

pag. 3

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 151 :

**« Haushaltseinnahmen- und Ausgabenvor-
anschlag der Region Trentino - Tiroler
Etschland für das Rechnungsjahr 1964 »**

Seite 3



Ore 10,23.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.):
(fa l'appello nominale).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 18.2.1964.

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.):
(legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Osservazioni sul verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

Riprendiamo la discussione del *disegno di legge n. 151: « Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1964 »*.

La parola al cons. Wahlmüller. Un momento, vuole la parola cons. Nardin?

NARDIN (P.C.I.): Mi scusi, signor Presidente, ma volevo chiedere se lei poteva invitare il Presidente della Commissione all'agricoltura a convocare la Commissione stessa per una riunione, alla quale partecipasse anche l'Assessore all'agricoltura, e nel corso della quale discutere in merito alla grave situazione nel settore della produzione delle patate.

PRESIDENTE: Ricordo che è stato presentato sulla materia un disegno di legge dal cons. Corsini, come ho comunicato ieri. Vorrei comunque pregare l'Assessore Dusini, Presidente della Commissione, a volere convocare la stessa per una sollecita discussione di questo disegno di legge.

DUSINI (Assessore suppl. commercio e credito - D.C.): La Commissione sarà convocata al più presto per esaminare tutti i disegni di legge giacenti, compreso quello presentato dal cons. Corsini. Appena salta fuori una oretta, nel corso di questa settimana convocherò la Commissione.

PRESIDENTE: La parola al cons. Wahlmüller.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Das Ende dieser Gesetzgebungsperiode erlaubt uns einen Gesamtüberblick über die vom Regionalausschuß entfaltete vielgestaltige Tätigkeit. Es darf wohl gesagt werden, daß der Regionalausschuß gegenüber dem früheren Ausschuß ohne Zweifel neue Wege gegangen ist, und es wäre töricht, diese Tatsachen nicht anerkennen zu wollen. Als der heutige Regionalausschuß gebildet wurde, stand er vor keiner leichten Aufgabe. Er hat sich jedoch den Erfordernissen und der tatsächlichen Lage anzupassen gewußt.

Es handelt sich um eine ausgesprochene Übergangsregierung, die über eine äußerst knappe Mehrheit verfügt und daher genötigt war, nach allen Richtungen hin, und nicht allein in bezug auf die S.V.P., eine versöhnliche Haltung einzunehmen. Diese Haltung spiegelt sich auch in den Erklärungen des Regionalausschußpräsidenten wider, in denen er unter anderem folgendes gesagt hat: « Wir glauben, diese Haltung und diesen Geist dadurch bewiesen zu haben, daß wir jede Einseitigkeit vermieden haben, durch die nicht allein die Opposition im Rahmen des Regionalrates verschärft worden wäre, sondern darüber hinaus auch eine Krise der Region als Institution zur Folge gehabt hätte, deren Auswirkungen sich jeder vorstellen kann ». Hieraus geht klar hervor, daß sich der Regionalausschuß der schwierigen Lage bewußt war, in der er sich durch die knappe Mehrheit befindet. Tatsächlich kommt dies an einer anderen Stelle der Erklärungen des Regionalausschußpräsidenten unmißverständlich zum Ausdruck. Es heißt dortselbst: « Die Richtigkeit der Ausrichtung, die sich der Regionalausschuß gegeben hat, wird hierdurch bestätigt. Sie beruht auf der bewußten Übernahme einer Verantwortung, die auf jeden Fall übernommen werden mußte, wollten wir uns andernfalls nicht selbst das Zeugnis ausstellen, politisch nicht die Fähigkeit zu besitzen, uns der Mittel zu bedienen, die zu unserer Verfügung stehen, um unserer Zielsetzung gerecht zu werden, die Belange unserer Bevölkerung in würdiger Weise zu wahren, einer Bevölkerung, die an die Autonomie glaubt und von uns allen die Lösung ihrer Existenzfragen erwartet ». Es ging also nicht allein darum, die Region als solche zu retten, sondern es ging auch um die Verantwortung der Mehrheitspartei, die auf politischer Ebene dem Risiko des Versagens ausgesetzt war und ist. Es

konnte daher kein Regionalausschuß sein, der Zeit hatte, sich auf politische Auseinandersetzungen einzulassen und sich daher praktischen Fragen zuwenden mußte, die eine Lösung erheischen. Der Präsident des Regionalausschusses sagte dann auch im weiteren Verlauf seiner Ausführungen, daß die von der Regionalregierung eingenommene und befolgte Haltung als positiv zu bewerten sei, da sie auf die Entwicklung der politischen Lage derart eingewirkt hat, um sich zum Wohle unserer Bevölkerung auszuwirken. Es ging demnach darum, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern und das Autonomiestatut voll auszuwerten, weshalb jeder rein politischen Auseinandersetzung aus dem Weg gegangen wurde. Der Weg hierzu war die intensivierte Verwaltungstätigkeit und in bezug auf die Gesetzgebung darf gesagt werden, daß die Zeit im Vergleich zu früher fruchtbringend genutzt worden ist. Ich glaube, daß alle Kollegen des Regionalrats mit mir in dieser Hinsicht übereinstimmen. Diese Feststellung soll weder ein Lob noch irgendein Tadel sein. Schließlich sind wir hier, um dem Wohle der von uns vertretenen Bevölkerung zu dienen und müssen uns daher befleißigen, daß unsere Debatte in ruhigen und sachlichen Bahnen verläuft. Der Präsident des Regionalausschusses hat mit der Belobigung seines Ausschusses nicht gespart, besonders was die gesetzgeberische Tätigkeit betrifft. Er erklärte im Zusammenhang damit, daß der Regionalrat « eine beachtliche Anzahl von Gesetzen verabschiedet habe, welche die Zustimmung sämtlicher Fraktionen gefunden hätten, weshalb daraus geschlossen werden könne, daß die Güte und Zweckdienlichkeit der ergriffenen verschiedenen Gesetzesinitiativen allgemein gebilligt worden sei ». Der Regionalausschußpräsident hob hervor, daß diese Tatsachen eine Würdigung verdienten, bedeu-

teten sie doch die Überwindung einer durch politische Voreingenommenheit gekennzeichneten Einstellung. Hierdurch sei der Weg frei gemacht worden, um die durch die autonomen Einrichtungen gegebenen Möglichkeiten besser und konkreter zu nutzen. Das heißt also — um nach den Worten des Regionalausschusspräsidenten zu schließen —, daß nicht die politische Auseinandersetzung, sondern die wirtschaftliche und soziale Tätigkeit in den Vordergrund gestellt wurde. Vielleicht sind wir uns aber nicht bewußt, daß im Hintergrund eben dieser Tätigkeit doch die Absicht steht, die politischen Fragen in Vergessenheit geraten zu lassen. Dieser unausgesprochen gebliebene Zweck ist dann auch zum Teil erreicht worden, weil tatsächlich von politischen Forderungen fast nie die Rede gewesen ist. Man hörte und hört da und dort Stimmen laut werden, nach denen die Sozialpolitik ein Vorwärtschreiten in einem anderen Sinne ermögliche und es daher angebracht sei, diese Politik mitzugestalten, um daraus die größtmöglichen Vorteile zu ziehen. Dies berührt zweifellos die Frage unserer Nichtbeteiligung an der Regionalregierung. Der Präsident des Regionalausschusses hat übrigens seinerseits mehrfach hierauf hingewiesen und unter anderem hierzu erklärt: « Vernünftigerweise muß gesagt werden, daß wir bestimmte Einstellungen und die Nichtbeteiligung nicht als zu einer guten Politik gehörende Mittel betrachten können. Wer dies tut, läuft vielmehr Gefahr, von der Führung des Landes ausgeschlossen zu bleiben, was zur unvermeidbaren Folge haben muß, auf parlamentarischer Ebene die Initiative derjenigen annehmen zu müssen, die die Verantwortung in der Verwaltung der öffentlichen Belange übernommen haben. » Wenn der Präsident des Regionalausschusses eine derartige Äußerung macht, beweist er damit allerdings,

daß er die Gründe in keiner Weise berücksichtigt, die zum Austritt der S.V.P.-Vertreter aus der Regionalregierung geführt haben. Einer der schwerwiegendsten Gründe hierfür ist die Tatsache, daß Entscheidungen getroffen wurden, die das Leben unseres Volkes engstens berühren, ohne daß unsere Vertreter mit den betreffenden Beschlüssen einverstanden gewesen wären. Trotzdem ist dann behauptet worden, die S.V.P. habe an ebendiesen Entscheidungen teilgenommen. Für uns geht es nicht ausschließlich um die Erreichung wirtschaftlicher Ziele, denn was für die S.V.P. ausschlaggebend ist, sind in erster Linie Fragen politischen Charakters. Die Lösung unseres Streitfalls kann allein auf politischer Ebene gefunden werden, nicht jedoch auf dem Weg über gute Sozialgesetze. Wie groß und tiefgreifend die uns trennenden Meinungsverschiedenheiten sind, kann aus den Behauptungen des Regionalausschuspräsidenten gefolgert werden, mit denen er unter anderem gesagt hat: « Ich halte es auch für eine Pflicht, auf die große Mehrheit hinzuweisen, die bei der Verabschiedung der Gesetzgebungsinitiativen der Regionalregierung stets zustandegekommen ist, eine Mehrheit, die aus den Stimmen aller im Regionalrat vertretenen Volksgruppen von Fall zu Fall gebildet wurde. Es mag genügen, darauf hinzuweisen, daß von 47 im Laufe des Jahres 1963 genehmigten Gesetzentwürfen immerhin 37 mit den Stimmen der S.V.P. genehmigt worden sind, während sie bei 4 weiteren Gesetzentwürfen Stimmenthaltung geübt hat. Dieser Tatbestand beweist, daß der Wille zur Zusammenarbeit vorhanden ist, damit die Region fortfahren kann, für das Wohl der Bürger des Regionalterritoriums zu wirken. »

Gerade hier aber können wir die Verschiedenheit in der Beurteilung der Lage feststellen, von der ich vorhin kurz gespro-

chen habe. Für uns dient die Verwaltungstätigkeit und die Gesetzgebung dem Zweck, die Lebenserfordernisse unserer Volksgruppe zu gewährleisten. Die von uns gemachte Analyse über die Tätigkeit im Regionalrat fällt daher etwas anders aus als die des Regionalausschußpräsidenten. Es ist wohl wahr, daß wir Gesetze wirtschaftlichen und sozialen Charakters mitgenehmigt haben, die sich zum Nutzen aller Bürger der Region ohne Unterschied der politischen Einstellung und der Volkszugehörigkeit auswirken. Es wäre demagogisch, dies zu bestreiten. Es wäre aber ebenso demagogisch, hieraus die Überzeugung ableiten zu wollen, daß wir durch diese unsere Haltung auch der gegenwärtigen autonomen Ordnung zustimmen. Wir wollen dem Geleisteten keineswegs unsere Anerkennung versagen, man soll uns aber gestatten festzustellen, daß die mit überwiegender Mehrheit auch von uns genehmigten Gesetze nichts mit unserer Haltung gegenüber der derzeitigen autonomen Ordnung zu tun haben. Es sei mir auch gestattet festzustellen, daß in den Erklärungen des Regionalausschußpräsidenten nicht von den Gesetzen gesprochen wird, die auf eine Initiative der Regionalratsfraktionen zurückgehen. Es wird ganz einfach behauptet, die Gesetzesvorhaben seien von der Regionalregierung eingebracht worden. Von 47 Gesetzen seien 37 mit den Stimmen der S.V.P. genehmigt worden und nur bei vieben habe sie sich der Stimme enthalten. Das stimmt. Wenn wir uns aber die hierauf bezogene Tabelle unter den Anlagen zum Haushaltsbericht näher anschauen, erscheint all dies in einem anderen Licht. Wir können dann zum Beispiel feststellen, daß im Durchschnitt immer nur 34 Abgeordnete an den Sitzungen teilgenommen haben, während von den genehmigten Gesetzen lediglich 17 mit großer Mehrheit verabschiedet wurden, d.h. mit mehr als 30

Stimmen je Gesetz; nur zwei sind mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt worden. Mit 25 Stimmen wurden 30 Gesetze verabschiedet, was in anderen Worten besagt, daß mehr als die Hälfte der Gesetzentwürfe durch eine Mehrheit genehmigt worden ist, die nicht verdient, als Mehrheit bezeichnet zu werden. Wenn wir dann außerdem auch noch die abgelehnten Gesetze berücksichtigen, dann stellen wir fest, daß allein dieselben 21 % ausmachen. Diese Rechnung sieht also etwas anders aus als diejenige, die uns vorgelegt worden ist. Ich möchte mich jedoch nicht allein auf diese rein statistischen Feststellungen beschränken. Viel aufschlußreicher ist eine Prüfung der Gesetze, die mit großer Stimmenmehrheit zustandegekommen sind, im Vergleich mit den Gesetzen, die gegen eine starke Opposition verabschiedet wurden. Sie dürfen nicht vergessen, daß eine Regierung normalerweise über eine Mehrheit verfügen muß und die Stimmenmehrheit zur Genehmigung von Gesetzen eine Regel ist, so daß daraus noch kein besonderes Verdienst entsteht. Ich will mich jetzt auf diese 17 Gesetze beziehen, die mit 30 oder mehr Stimmen genehmigt wurden: Das sind 2 Industrieförderungsgesetze, 3 Gesetze über öffentliche Arbeiten, das Enteignungsgesetz, 1 Gesetz, das die Garantie für die Etschwerke betrifft, 5 Sozialgesetze, 2 Handelsförderungsgesetze, 2, die die Genossenschaften und Lagerhäuser betreffen, und 1 Gesetz über Velon. Dies bestätigt im wesentlichen das, was ich vorher gesagt habe. Gesetze zur wirtschaftlichen Förderung, Gesetze auf sozialem Gebiet werden selbstverständlich auch von der Opposition genehmigt, wenn sie nicht demagogisch sein will, wenn sie nicht guten wirtschaftlichen oder sozialen Gesetzen die Zustimmung versagen will, um nachher auf Mängel hinzuweisen. Das ist es, was wir nicht wollten. Aber sehen wir uns

nun die 12 Gesetze an, die gegen eine starke Opposition genehmigt wurden: 3 betreffen die Mehrjahrespläne, 2 die Wahlgesetze, 1 die Ämterordnung, 2 Fremdenverkehr und Sport, 2 Benennungen von Fraktionen, 1 betrifft das Trentiner Kulturinstitut, was für uns eine grundsätzliche Frage war, 1 betrifft das Lenokraftwerk. Wie Sie sehen, liegt das Gewicht bei den Gesetzen, die eine politische Entscheidung bedeuten, bei denen es darum geht, festzustellen: Haben wir die Wünsche einer Minderheit, ihre Aspirationen berücksichtigt oder nicht? Es geht nicht darum, ob wir Subventionsgesetze, Wirtschaftsgesetze oder Sozialgesetze, die Personalordnung, Sozialversicherung usw., gemacht und durchgeführt haben, sondern darum, zu untersuchen, ob wir jene Gesetze gemacht haben, die auf politischem Gebiet für die volkliche Minderheit notwendig waren, und ob wir den Wünschen derselben Rechnung getragen haben. Ich glaube, mit diesen Aufzählungen hinreichend nachgewiesen zu haben, daß die Regionalregierung auch in der Gesetzgebung sich immer dann widersetzt hat, wenn es um unsere politischen Wünsche gegangen ist. So betrachtet ist also das Bild etwas anders. Wir sollen, und ich glaube, wir müssen auch solche Betrachtungen anstellen. Bleiben wir daher auch hier realistisch, gehen wir keinen Wunschträumen nach und machen wir uns nicht selbst und der Welt etwas vor, was nicht vorhanden ist. Denn daß die Teilnahme der Südtiroler Volkspartei an der Regionalregierung dahingehend gedeutet wurde, es sei eine Zustimmung zur Politik der Regionalregierung, das hat mit dazu beigetragen, daß wir aus derselben ausscheiden mußten. Aus unserer Zustimmung zu einzelnen wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen politisches Kapital schlagen zu können, würde unsere Stellungnahme auch hier im Regionalrat

sehr erschweren. Soviel zu dieser Gesetzgebung.

Ich möchte auch noch ein kurzes Wort zum Art. 14 sagen, auf den hier allerdings nicht sehr viel eingegangen wird. Vielleicht können wir uns von einer anderen Stelle aus noch einmal darüber unterhalten. Wie er jetzt angewendet wird, wissen Sie selbst und ich brauche es nicht besonders zu erläutern. Er wird zehn Jahre zu spät angewendet. Der Wille soll immerhin anerkannt werden, d.h. der Wille, den Widerstand gegen die Verwirklichung des Statuts aufzugeben — allerdings zehn Jahre zu spät. Er ist auch nicht überall angewendet worden. Wenn die Regierung sagt: « Wir erachten es als unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die Verwaltungsübertragung bei allen Gesetzen, bei denen es möglich war, angewendet worden ist », so möchte ich nur darauf hinweisen, daß das durchaus nicht der Fall ist und daß es eine ganze Reihe von Gesetzen gibt, bei denen zunächst nicht die Regierung die Anwendung der Verwaltungsübertragung vorgeschlagen hat, sondern bei denen dieser Vorschlag von den Kommissionen ausging. Wir können uns deshalb auch nicht des Eindruckes erwehren, daß hier nicht ein übermäßig großes Wohlwollen unserer Gruppe gegenüber es so weit gebracht hat, sondern es vielleicht der Umstand ist, daß man von zwei Übeln das kleinere wählt, d.h. anstatt einer vollständigen Revision, die nun droht, die Verwaltungsübertragung. Aber, meine Herren, Sie werden uns gestatten, daß auch wir dann von zwei Wegen den besseren, den sichereren Weg wählen, nämlich die Änderung des Statuts zu einer echten Landesautonomie.

Nun möchte ich auf einige besondere Fragen in der Verwaltung eingehen. Auch bezüglich der Verwaltung ist der Präsident des Regionalausschusses mit sich und dem Aus-

schuß zufrieden; er legt uns sein Wort und sein Lob in seinem Bericht in den Mund. Die gemachten Erfahrungen mögen Verbesserungen und Vervollkommnungen vor allem hinsichtlich der Richtlinien und der Planung der Verwaltungstätigkeit für nötig erscheinen lassen. In ihrer Gesamtheit aber kann man die geleistete Arbeit als zufriedenstellend bezeichnen. Ich kann nun hier nicht auf die gesamte Verwaltungstätigkeit eingehen. Ich will auch nicht alle Sparten untersuchen. Ich will auch nicht noch einmal auf die Frage der Ämterordnung eingehen, die wir erst vor kurzem behandelt haben. Ich entnehme aus dem Bericht, daß vor allem auch der Ausbau jener Dienste vorgenommen wurde, die sich mit Studien, Planungen, mit Statistik und Gesetzesvorbereitung befassen. Das ist wichtig und anerkennenswert. Gerade wir als junge Körperschaft, die über wenig Erfahrung verfügt, vielleicht auch über wenig erfahrenes Personal, brauchen solche Ämter. Sie sind jetzt eingerichtet worden. Wir werden sehen, welchen Gebrauch die Region von diesen Ämtern macht. Dem Bericht des Präsidenten wurde auch eine Anlage bezüglich des Personals beigelegt. Es wird darin behauptet, daß das Hindernis für eine gemeinsame Besoldung des Personals in der verschiedenen rechtlichen und finanziellen Behandlung durch die 3 Körperschaften — die Region und die beiden Provinzen — zu suchen sei. Ich glaube, diese Schwierigkeit liegt vor allem auch bei der Region selbst und ich habe bei früherer Gelegenheit schon darauf hingewiesen, daß die Zuständigkeit auf dem Gebiete der Ordnung der Ämter und des Personals uns die Möglichkeit gibt, dieses Personal selbst zu ordnen. Nun bleibt die regionale Ordnung an der staatlichen Ordnung hängen. Und solange sie dort hängen bleibt, fehlt entweder die Handhabung der Befugnis oder die Region wird ein-

fach ein Anhängsel des Staates, und die Provinzen, die sich davon gelöst haben, werden nie damit in Übereinstimmung gebracht werden können. Es ist das auch wahrscheinlich eine Frage der regionalen Beamten, die selbst noch diesem Staatssystem verhaftet sind. Um das zu ändern, wird überhaupt im ganzen Bereich der Autonomie ein neuer Geist notwendig sein, der die zentralistisch gesinnten Beamten durch solche ersetzt, die Verständnis für die Autonomie haben und die vor allem autonomistisch eingestellt sind. Das nur im allgemeinen. Ich möchte mich aber mehr damit befassen, wie jetzt der Stand des Personals ist. Wir bekommen hier verschiedene Tabellen vorgesetzt, Tabellen, die ein Meisterwerk des Personalamtes sein müssen. Vielleicht wäre es doch gut gewesen, unserer Forderung nach einem stellvertretenden Personalamtsleiter nachzugeben. Da sehen wir zum Beispiel die Ausschreibungen nach Volksgruppen und dann die Zuteilungen der Stellen nach Volksgruppen. Dabei erleben wir folgendes Wunder: « Posti a concorso, riservati al gruppo italiano: 6, riservati al gruppo tedesco: 6. Sechs für jede Volksgruppe, zusammen zwölf. Und dann lesen wir drüber in der dritten Spalte: « Posti assegnati ai vincitori dei concorsi ». Anschließend heißt es: An die italienische Volksgruppe 12, an die deutsche Volksgruppe 2, zusammen 14. Zwölf ausgeschriebene Posten, vierzehn besetzte. Wie das sein kann, weiß ich nicht. Das wiederholt sich weiter unten: Vicesegretari ausgeschrieben für die italienische Volksgruppe - 3, für die deutsche 2, zusammen 5, besetzt von der italienischen Volksgruppe: 6.

Interruzione.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Sì, sono le cifre presentate. Mir ist es unerklärlich, wieso mehr Posten zugeteilt, als ausgeschrieben

werden. Ich beziehe mich dabei nicht darauf, daß die Stellen der deutschen Volksgruppe, die nicht besetzt werden konnten, der italienischen Volksgruppe zugeteilt worden sind. Das begreife ich und das weiß ich. Ich beziehe mich nur darauf, daß 12 Posten ausgeschrieben und 14 besetzt werden.

Interruzione.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Ich möchte mich dann aber bei dieser Ausschreibung auch auf andere Dinge beziehen. Wir wissen, daß wir nicht alle Stellen besetzen können; wir wissen auch, daß von der deutschen Volksgruppe sich für manche Stellen nicht genügend Leute melden. Diese Schwierigkeiten haben wir schon wiederholt dargelegt. Nun sehen wir hier eine Ausschreibung: « Applicati aggiunti » — für die italienische Volksgruppe 21, für die deutsche Volksgruppe 20 Stellen. Wir nehmen zur Kenntnis, daß sich für die italienische Gruppe sehr viel mehr Bewerber gemeldet haben, über 800. Aber wir stellen auch fest, daß sich von der deutschen Volksgruppe für 20 Stellen 115 gemeldet haben, Stellen, die keine besonderen Kenntnisse verlangen und wo der Wettbewerb wahrscheinlich nicht besondere Schwierigkeiten bereitet, um ihn zu gewinnen. Von den 115 Bewerbern der deutschen Volksgruppe konnten dennoch nicht einmal 20 gefunden werden, die den Wettbewerb zu gewinnen fähig waren, sondern nur 17. Mir scheint, daß das eine Handhabung der Wettbewerbe ist, die doch irgendwie zu wünschen übrigläßt; irgendwo muß da etwas nicht in Ordnung sein. So kommt dann das zustande, was schließlich am Ende steht, nämlich die Besetzung dieser Stellen. Wenn wir dem trauen, was da geschrieben steht, und wer das so liest, ohne sich vielleicht mit der Sache befaßt zu haben, der müßte zur Überzeugung kommen:

Nun haben wir in der Region den Idealzustand fast erreicht. Denn wir ersehen auf der Tabelle: Reale, ideale, rapporto proporzionale. Der Unterschied ist gering. Der wirkliche Stand in der italienischen Volksgruppe 369, der ideale 357, ein Plus von 12. Der reale Stand in der deutschen Volksgruppe 167, der ideale 179, ein Minus von 12. Und da beginnt es bereits. Die ideale Zahl kann sich nämlich nicht, da wir die schwächeren Gruppen sind, auf die ideale Zahl der italienischen Volksgruppe beziehen, sondern müßte sich notfalls auf die reale Zahl beziehen. Die reale Zahl ist aber nicht 357 und auch nicht 369. Dieser realen Zahl von aufgenommenen Beamten der italienischen Volksgruppe müßte daher eine ideale Zahl für die deutsche Volksgruppe nicht von 167 und auch nicht von 179, sondern von 191 entsprechen. Denn die einen sind ja schon da. Aber abgesehen davon, handelt es sich hier überhaupt nur um die Aufnahmen und wir haben niemals den Standpunkt vertreten, daß die Aufnahmen selbst ein bestimmtes Verhältnis haben müßten, sondern daß durch die Aufnahmen ein bestimmtes Verhältnis hergestellt werden soll. Die Aufnahmen sollen also nicht 1 zu 2 erfolgen, sondern das Endresultat der tatsächlich aufgenommenen soll 1 zu 2 betragen. Das ist etwas anderes und das entnehmen wir ebenfalls dieser Tabelle, denn dort sehen wir die tatsächlich Beschäftigten (impiegati di ruolo) wie folgt: italienische Gruppe 601, deutsche Gruppe 167, fehlen 73; impiegati non di ruolo 12, 0, fehlen 4; operai di ruolo 36, 10, fehlen 14; Gesamtstand 867, italienische Gruppe 649, deutsche Gruppe 177 — sein müßten es 258. Das heißt also, daß 81 fehlen. Wenn von 177 81 fehlen, heißt das dann, daß noch 50% mehr aufgenommen werden müßten, als tatsächlich heute Stellen besetzt sind. Ich glaube, wenn heute nur 2/3 der

Beamenschaft der deutschen Volksgruppe vorhanden sind, wie sie vorhanden sein sollten, dann sind wir dem idealen Verhältnis noch nicht sehr nahe, wie es in der anderen Tabelle versucht wurde darzulegen. Das Verhältnis der Aufnahmen ist nicht interessant, interessant ist jedoch das Verhältnis der Aufgenommenen.

Ein zweites Beispiel möchte ich herausgreifen, das die Sozialfürsorge betrifft. Im Laufe der allgemeinen Debatte werden sicher noch andere Beispiele gebracht werden und andere Herren werden sich noch mit anderen Sparten beschäftigen. Ich kann mich mit denjenigen beschäftigen, die mein Interesse hervorrufen und mit denen ich auch schon länger Kontakt habe. Das ist gerade die Sozialfürsorge. Wenn ich über die Sozialfürsorge genauere Ausführungen mache und mit dem nicht zufrieden bin, dann mache ich das nicht, um den zuständigen Assessor anzugreifen. Ich möchte an diesem Fall nur das System sichtbar machen; ich möchte nur feststellen, daß hier vielleicht — wir werden später noch darauf zurückkommen — etwas falsch gemacht wird.

Ich möchte den Ausführungen über die Sozialfürsorge einige allgemeine Bemerkungen vorausschicken, ohne mich dann mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage näher zu beschäftigen. In dem Bericht des Präsidenten und dem des Finanzassessors wird die tiefgehende Krise in der Landwirtschaft allgemein zugegeben. Diese Krise betrifft besonders die deutschsprachige Bevölkerung Südtirols. Wenn auch heute vielleicht nicht mehr, wie vor zehn Jahren 70% der deutschsprachigen Bevölkerung ihren Lebensunterhalt im weitesten Sinn aus der Landwirtschaft bestreiten, so ist es doch noch ein sehr großer Teil. Daher trifft die Krise auch nicht nur die Landwirtschaft selbst, sondern auch die Arbeiter in der Landwirtschaft, die Kleinbauern. Wir sehen auch die Folge, die

darin besteht, daß Tausende unserer Volksgruppe anderswo Arbeit suchen müssen, weil die sozialen Verhältnisse keinen anderen Weg offenlassen. Den Tabellen entnehme ich, daß das Einkommen in der Provinz Trient um 9% gestiegen ist; das dürfte allerdings auf das Berichtsjahr 1962 bezogen sein, weil die Zahlen von 1963 noch nicht vorliegen. Das Einkommen pro Kopf in der Provinz Bozen ist aber nur um 5% gestiegen. Ich muß diese Bemerkungen machen, um ein allgemeines Bild der sozialen Lage zu geben und um die späteren Zahlen verständlich zu machen. Wir sehen, daß die Zuwachsrate im Bruttoprodukt in der Industrie 8,5%, in den Dienstleistungen 6%, im Baugewerbe 3% ausmacht; ferner, daß die Landwirtschaft einen Fehlbetrag von 2% aufweist, ja, daß der Rückgang des landwirtschaftlichen Einkommens in dieser Zeit sogar 20% beträgt. Damit ist — und ich glaube, daß das niemand abstreiten wird — gerade die deutschsprachige Bevölkerung Südtirols in eine besonders schwierige Lage gekommen. Denn wenn in Trient der Zuwachs der Einkommensrate pro Kopf 9% betrug, in der Provinz Bozen 5%, und wenn wir bedenken, daß die italienische Bevölkerung sich durchwegs aus Angehörigen der Industrie, der Dienstleistungen und des Baugewerbes zusammensetzt — weshalb ich die Zuwachsrate dort genannt habe —, dann ist klar, daß diese 5% des Zuwachses der Einkommensrate in der Provinz Bozen zum Großteil auf die italienische Bevölkerung entfallen, während die deutschsprachige Bevölkerung wahrscheinlich kaum eine Zuwachsrate hat, vielleicht sogar eine Abnahme des Einkommens. Dazu kommt noch, daß unsere Arbeiter zu einem sehr geringen Teil im Dienstleistungsgewerbe und zu einem ebenso sehr geringen Teil im Baugewerbe tätig sind, während die Lebenshaltungskosten in der Provinz Trient um

6,8 in der Provinz Bozen aber um 7,1% gestiegen sind. Ich glaube, damit kann man im allgemeinen sagen, daß die Entwicklung in Trient eine viel günstigere als die in Bozen ist — gerade was das wirtschaftlich-soziale Gebiet betrifft —, besonders ungünstig und schwierig aber gerade für die deutschsprachige Bevölkerung.

Doch zurück zur Soziolfürsorge. Wenn man den Bericht des Finanzassessors auf Seite 83 liest — er gibt dort eine Tabelle der Gleichstellung —, dann ergibt sich daraus ein Bild der Gleichheit bei den Zuteilungen an die beiden Provinzen. Ich habe seine Zahlen nicht näher untersucht, auch nicht, wie er zu diesen Zahlen gekommen ist. Er gibt jedenfalls fast gleiche Zahlen für beide Provinzen an. Ich werde später zeigen, daß ich sie nirgends finden konnte. Außerdem wird gerade für Außenstehende in irreführender Weise die Provinz Bozen mit der deutschsprachigen Bevölkerung gleichgesetzt. Dies kann den Eindruck erwecken, daß die Provinz Trient soviel und die Provinz Bozen — d.h. Südtirol, das wäre also die deutschsprachige Bevölkerung — ebensoviel erhält. Dem ist aber nicht ganz so. Ich bitte Sie, mir etwas Geduld entgegenzubringen, wenn ich Ihnen nun die genauere Analyse der einschlägigen Kapitel bringe. Vielleicht ist es für Sie etwas ermüdend, weil ich schon in anderen Jahren über dieses Gebiet gesprochen habe. Ich glaube aber, es wird auch für Sie nützlich sein, denn ich kann Ihnen heute auch einen Vergleich darüber geben, wie diese Entwicklung nicht nur im Jahre 1963 ausgesehen hat, sondern auch darüber, welche Unterschiede sich zum Jahre 1960 ergeben, als ich dieses Thema zum ersten Male aufgegriffen habe. Wir sehen unter dem Kapitel « Assistenza ai lavoratori, agli emigranti e ai rimpatrianti anche a mezzo di enti, associa-

zioni e istituti », 1963, Kapitel 76 — seinerzeit, 1960, Kapitel 78 — insgesamt 75 Millionen ausgeworfen, zugeteilt an die Provinz Bozen 29.650.000 Lire, das sind 39,5%, also nicht ganz 40% an die Provinz Bozen, 60% an die Provinz Trient. Deshalb habe ich auch vorher die wirtschaftlich-soziale Lage und den Unterschied zwischen den beiden Provinzen dargelegt, damit man sich jetzt hierauf beziehen kann. Denn nach dieser sozialen Lage sollte man glauben, daß die Notwendigkeit der Unterstützung in der Provinz Bozen und besonders bezüglich der deutschen Bevölkerung größer ist als in Trient. Also von 75 Millionen wurden an die Provinz Bozen laut Aufstellung 39,5% zugewiesen. Wenn wir nun schauen, was von diesen 29.650.000.— Lire an Gemeinden mit deutschsprachiger Mehrheit gegangen ist, dann kommen wir zu einer weiteren interessanten Feststellung. In allen Gemeinden wird selbstverständlich mit dem gleichen Betrag auch die italienische Bevölkerung betreut und es ist anzunehmen, daß in den überwiegend italienischsprachigen Gemeinden, wie zum Beispiel Bozen, auch die Betreuung annähernd in diesem Verhältnis erfolgt und daß also der Hauptteil der Mittel der italienischsprachigen Bevölkerung zugutekommt. Von diesen 29 Millionen der Provinz Bozen sind 10.800.000.— oder 36,4% an überwiegend deutschsprachige Bevölkerung gegangen, das heißt an Gemeinden mit deutscher Mehrheit, während 18.650.000.— an Gemeinden oder Verbände mit italienischer Mehrheit gingen. Das heißt, der deutschsprachigen Bevölkerung kamen 36,4% zugute, der italienischsprachigen Bevölkerung 63%. Es fehlen dann noch 0,6% für die Ladiner. Sie sehen hier ein krasses Mißverhältnis, das selbstverständlich die deutschsprachige Bevölkerung interessieren muß. Denn wenn man diese Zahl auf den Ge-

samtbetrag überträgt, d.h. auf die gesamten 75 Millionen, auf die auch die deutsche Bevölkerung in der Region ein Anrecht hat, dann kommen wir zu dem Ergebnis, daß von den 75 Millionen 14,4% an die deutsche Bevölkerung gingen und 85,6% an die italienische. Dies sind Zahlen, die sich schwer leugnen lassen. Ob es nun 14 oder 15 oder 15,5% sind, das würde nichts ändern. Die Tatsache selbst bleibt bestehen, daß wir aus diesem Kapitel einen Prozentsatz erhalten haben, der nur die Hälfte dessen beträgt, was eigentlich die deutschsprachige Bevölkerung erhalten müßte. Denken wir nur daran, daß für die gesamte deutschsprachige Bevölkerung 10 Millionen ausgegeben, für die Stadt Bozen allein aber 14 Millionen gegeben wurden, d.h. für die Stadt Bozen allein viel mehr als für die gesamte übrige Provinz, soweit der deutschsprachigen Bevölkerung das Geld zugutekommt. Man könnte nun sagen: Warum haben Sie nicht früher darauf aufmerksam gemacht? Warum wurden diese Dinge nicht beklagt? Hierzu kann ich voreilig erklären, daß ich schon bei der Bilanzdebatte 1961 ähnliche Dinge gebracht habe. Ich habe damals darauf hingewiesen, daß irgendeine Änderung im System geschaffen werden müßte. Ich habe damals auch darauf hingewiesen, daß mit einer solchen Verteilung noch nichts getan ist. Damals habe ich die Zusicherung erhalten, es werde etwas geschehen. Nun möchte ich Ihnen vergleichsmäßig darlegen, wie diese Änderung ausgesehen hat: Zuweisung an die Provinz Bozen, 1960, Kap. 78, insgesamt 82 Millionen, d.h. 32%; 1963: 39%; Anteil der deutschen Bevölkerung an diesen Geldern im Jahre 1960: 33%, im Jahre 1963: 36%; Anteil der italienischen Bevölkerung an dieser Ausgabe für Bozen im Jahre 1960: 64%, 1963: 63%; Ausgabe für die Stadt Bozen al-

lein im Jahre 1960: 12,9 Millionen, im Jahre 1963: 14 Millionen. Sie sehen also, meine Herren, in diesen Jahren hat sich gar nichts geändert. Wir könnten sagen, fürwahr, eine sehr konstante Politik. Ich könnte Ihnen nun ähnliche Zahlen für die übrigen Kapitel mitteilen. Zum Beispiel Kap. 77: « Contributi e sussidi e istituzioni, enti e associazioni, con finalità di assistenza e beneficenza ». Es ist ein Kapitel mit dem oft auch Staat gemacht wird, da für die Provinz Bozen mehr ausgeworfen wurde als für die Provinz Trient. Man weist gerne darauf hin; es ist richtig; doch studieren Sie auch diese Liste; Sie haben dann den Ausgleich. Ich will Sie nicht ermüden, indem ich neuerlich alle diese Zahlen aufzähle. Ich möchte feststellen, daß von 45 Millionen, die im Jahre 1963 für dieses Kapitel ausgegeben wurden, der deutschen Bevölkerung 11.385.000.— Lire zukamen, das sind 25%. Das ist aber ebenfalls noch kein Ausgleich, sondern auch hier ein Fehlbetrag. Ähnlich verhält es sich mit dem Kap. 177: « Contributi per l'acquisto, la costruzione, il riattamento e per impianti igienico-sanitari, tecnologici e di riscaldamento di edifici destinati all'assistenza ». Von 54 Millionen trifft es auf die deutsche Bevölkerung 13.626.800.—, das sind 25,2%. Am schlimmsten steht es mit dem Kap. 178: « Contributi per l'attrezzatura e l'arredamento di colonie marine e montane e di centri di assistenza invernale e di case per i lavoratori ». Was wir dort bekommen haben, läßt sich nicht feststellen, weil das einzige, was wir bekommen haben, über das « Centro turistico giovanile » geht. Das « Centro turistico giovanile » hat aus den 18 Millionen, soweit ich die Aufstellung bekommen habe, 169.500.— Lire bekommen, und von dort aus wurden vielleicht einige Zeltlager für die deutsche Jugend subventioniert.

Wir wollen optimistisch sein, daß es die Hälfte dieses Betrages war, und dann macht das 1,1% aus.

Interruzione.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Man wird uns sagen, daß man uns nichts für die Einrichtung von Strandkolonien geben könne, weil wir keine Strandkolonien haben. Daran fehlt es eben. Der Mangel an einer entsprechenden großzügigen Unterstützung zum Erwerb des Grundes und zum Bau eines eigenen Strandheimes bringt es mit sich, daß wir sie natürlich auch nicht einrichten können. Ich möchte hoffen, daß ab diesem Jahr, wo eine solche Initiative ergriffen worden ist, die Region auch mit entsprechenden Mitteln eingreift, damit die deutsche Volksgruppe endlich ein entsprechendes Strandheim erhalten kann. Wenn wir diese Kapitel zusammenfassen, dann ergibt sich eine Gesamtausgabe von 192 Millionen. Von den 192 Millionen sind der deutschen Volksgruppe 39.096.550.— Lire zugutegekommen, das sind 20%; 20% von diesen Sozialausgaben sind also für die deutsche Bevölkerung gegeben worden. Das Soll wäre 64 Millionen. Das heißt also, daß die deutsche Bevölkerung um 25 Millionen weniger bekommen hat. Wenn ich das selbe für 1960 ausrechne, dann waren es damals 30 Millionen. Meine Herren, Sie können mir glauben, daß wir in diesen 4 Jahren, d.h. 1960, 1961, 1962, 1963, um rund 100 Millionen zu kurz gekommen sind! Die Zahlen sprechen für sich. Ich habe seit 3 Jahren versucht, eine Koordinierung zustandezubringen; ich habe seit 3 Jahren darauf hingedrängt, daß dies geschieht oder daß eine Übertragung notwendig ist. Heute bin ich der Überzeugung, daß diese Koordinierung nicht möglich ist, weil sie in diesen 3 Jahren nicht gemacht worden ist, und daß, wenn eine Neuordnung gemacht wer-

den soll, sie nur mit der Übertragung auf die Provinz Bozen möglich ist. Sehen Sie, meine Herren, es sind hier verschiedene Dienste und es wird gesagt, daß die Gesuche fehlen. Das ist bereits im Jahre 1961 gesagt worden, auch 1962 und 1963 wurde es gesagt. Ich verstehe das auch. Wir haben die Sozialdienste der Region, wir haben auch die Kinder- und Frauenfürsorge, die Berufsschulung, ferner die Umschulung für Kranke, wir haben soziale Erhebungen, eine sozialärztliche Beratungsstelle für Neurosekranken — all das unterhält die Region in der Provinz Bozen und all das unterhält die Provinz Bozen in ihrem eigenen Bereich ebenso. Wenn die Gesuche nicht gestellt werden und die Not da ist, dann ist das ein Zeichen nicht des schlechten Willens des Assessors, sondern dafür, daß die Sozialfürsorgestellen nicht den notwendigen Kontakt mit der Bevölkerung haben. Sie existieren, sind also da. Nur ein Beispiel. Ich habe ein Gesuch, das so lautet: « Ich unterfertigte N.N. bitte um Gewährung einer finanziellen Beihilfe für den Ankauf eines Hörgerätes über das Sanitätshaus so und so, da ich vollständig mittellos bin. Die notwendigen Dokumente und Unterlagen habe ich bereits vor einiger Zeit Ihrem Fräulein, welches in Meran jeweils am Donnerstag Dienst macht, übergeben. Ich bitte Sie freundlich und herzlich, dieses Gesuch zu berücksichtigen, da ein Hörapparat für meine Fürsorgearbeit unbedingt notwendig ist » — so geschrieben am 2. August 1962. Seit dem August 1962 wandert diese Person von Zeit zu Zeit zu der Sozialfürsorgerin am Donnerstag in Meran und erhält dort die Auskunft: Der Heer Assessor oder das Amt hat den Fall noch nicht erledigt. Auf diese Weise schwindet das Vertrauen der Bevölkerung in diese Einrichtungen, abgesehen davon, daß die Frage dieser Hörapparate, der Prothesen usw., überhaupt anders gelöst wer-

den müßte. Sehr viele können einfach nicht so lange warten, bis die langwierige Prozedur abrollt; sehr viele brauchen diese Dinge früher. Warum ist es nicht möglich, für solche Dinge Beiträge im nachhinein zu geben?

Interruzione.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Bitte, dieser Fall ist mir vor wenigen Tagen vorgetragen worden, um nachzufragen, was mit diesem Gesuch sei. Zumindest hätte die Sozialfürsorgerin dort sagen müssen: « Meine liebe Frau, von Ihnen liegt kein Gesuch vor », oder sie hätte irgendeine Auskunft geben müssen oder hätte sagen können, das Gesuch sei verloren gegangen, sie solle ein neues machen — aber nichts von dem; seit zwei Jahren wird diese Frau nun vertröstet. Etwas, meine ich, funktioniert hier also nicht. Das ist klar. Die Fürsorge ist überall Sache der Provinzen. Hier tritt das Absurdum ein, daß in der Autonomie der Provinz die Fürsorge weggenommen wurde. Ich verstehe, daß das nicht funktionieren kann und ich will dem zuständigen Assessor keinen Vorwurf machen, am allerwenigsten einen persönlichen Vorwurf. Deshalb habe ich gesagt, ich möchte das System aufzeigen, damit vielleicht in gemeinsamen Bemühungen eine Änderung gefunden wird. Denn es ist klar, Trient ist für unsere Leute weiter weg als Bozen. Das Hemd ist jedem näher als der Rock. Und wenn das Amt dort unten ist, dann ist es klar, daß dort mehr Gesuche hinkommen, mehr erledigt wird. Ich will nicht von Ungerechtigkeit sprechen, aber es ist klar, daß die italienische Bevölkerung in Bozen dem italienischen Assessor näher ist als die deutsche Bevölkerung in den Tälern. Es ist klar, daß die italienische Behörde in unserem Lande, in der Provinz, dem Assessor näher ist als die deutsche Behörde. Es läßt sich daher ein gutes Funktionieren nicht be-

werkstelligen, vielleicht auch beim besten Willen nicht. Deshalb müßte eine Änderung von Grund auf erfolgen, die gemeinsam überlegt werden muß. Die Reform ist schon im Jahre 1961 zugesagt worden und ich möchte auch noch im Laufe dieser Generaldebatte eine Motion einbringen, daß wenigstens heuer diese Reform auf dem Gebiete der Sozialfürsorge in dem Sinne durchgeführt werde, daß letztere auf die Provinz Bozen übertragen wird. Das wären einige Erläuterungen, die ich zu den Fragen der Verwaltung mache, weil sie mich persönlich interessieren. Ich habe schon gesagt, andere werden vielleicht andere Bemerkungen machen und vielleicht auch zu anderen oder besseren Resultaten kommen.

Ich möchte noch kurz einige Sachen über die Planung und Programmierung sagen. Die Programmierung ist notwendig. Das weiß jeder. Wir sehen heute auch die Notwendigkeit schon allein einer Kreditplanung. Es wird eine Planung in diesem Sinne auch in der Region notwendig werden. Die Programmierung wird von uns nicht aus grundsätzlichen Gründen abgelehnt. Sie setzt einer liberalen Wirtschaftsperiode ein Ende in dem Sinne, daß der einzelne Unternehmer vollständig frei und unbehindert seine Tätigkeit ausübt, sich aber in diesen Plan einzufügen muß. Wir sehen heute nicht nur im Staate, sondern auch in der gesamten europäischen Wirtschaft diese Planung und die Notwendigkeit dieser Planung. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß die Programmierung an sich auch eine Gefahr bedeuten kann. Denn die Programmierung stand auch — und das dürfen wir nicht vergessen — am Anfang jeder Diktatur. Programmierung ist nicht ein Allheilmittel, das ein wirtschaftliches und soziales Wohlergehen auf jeden Fall bringen wird. Programmierung ist nur eine Methode und es wird davon abhängen, wie sie

angewendet wird. Die Programmierung ist gut, sie kann zu einer Harmonie im nationalen und darüber hinaus auch im internationalen Bereich führen; ich will auf die einzelnen Notwendigkeiten heute nicht eingehen, es übersteigt vielleicht auch meine Kenntnisse. Das Wesentliche an ihr — nur das möchte ich herausstellen — ist das Grundkonzept. Wenn für uns das Grundprinzip auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet die Existenz der Volksgruppe ist und durch die Programmierung diese Existenz gefährdet wird, dann ist für uns diese Programmierung abzulehnen. Wir dürfen nicht aus dieser liberalistischen Wirtschaft in den Planungsmaterialismus verfallen, d.h. die Planung um der Planung willen, um der sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften willen allein durchführen wollen. Im Mittelpunkt steht ja doch der Mensch in seinen kulturellen und religiösen Werten und ebenso die Volksgruppe und nicht das Wohlergehen des einzelnen Menschen. Wir haben bereits eine kurze Erfahrung mit der Planung gemacht. Die Programmierung setzt also — und das möchte ich sagen — ein sehr hohes demokratisches Verantwortungsbewußtsein voraus. Sie wird besonders in unserer Provinz ein Prüfstein für die Stellung zur Autonomie überhaupt sein. Denn Autonomie bedeutet für uns nicht nur Vorsorge für ein wirtschaftliches und soziales Wohlergehen; Autonomie bedeutet für uns eine Art Selbstbestimmung der Bevölkerung innerhalb des italienischen Staates, eine Selbstbestimmung über das eigene Leben, über die Grundlagen des eigenen Lebens, innerhalb der Staatsgrenzen, wie für den einzelnen die bürgerlichen und menschlichen Freiheiten die Selbstbestimmung für das eigene Leben bedeuten.

Nun, gerade in dieser Hinsicht haben wir in den letzten 20 Jahren genügend Erfahrung

gesammelt. Wenn Sie dieser inneren Selbstbestimmungsmöglichkeit Raum geben, dann werden Sie eine Befriedung herbeiführen können. Vergessen Sie nicht, daß wir nur deshalb seinerzeit einmal dem Regionalrat ferngeblieben sind, weil diese Möglichkeit fehlte! Vergessen Sie nicht, daß es nur deshalb zum Auszug der Südtiroler Räte aus dem Regionalrat gekommen ist, weil sie hier kein Mittel mehr sahen, ihre eigenen Belange zu regeln! Das alte Regime ist gefallen und manches hat sich gebessert. Wir erkennen das an. Manches hat sich allerdings zu spät gebessert und es hätte die erste Katastrophe vermieden werden können. Hätten nämlich diese Einsichten schon vor vier Jahren gegolten, die der Regionalausschuß durch den Regionalausschußpräsidenten heute in seinem Bericht bringt, dann hätte sich vielleicht die Katastrophe von 1961 vermeiden lassen. Aber vergessen Sie das nicht, lernen Sie aus der Geschichte! Wir sitzen hier nicht nur, um zu sprechen, sondern ich glaube, wir sitzen hier, auch um zu hören! Sie sind hier einen ersten Schritt gegangen, gehen Sie auch den zweiten! Sie sind den Schritt von der Politik der Nichtdurchführung des Statutes zur Politik des Versuches der Verwirklichung des selben gegangen. Machen Sie nun des Schritts zur Bejahung einer Politik der Autonomie für Südtirol! Wenn wir uns verstehen und verständigen sollen, können wir zwar zwei verschiedene Sprachen reden, aber jeder muß die Sprache des anderen verstehen, auch in bezug auf die Autonomie, weil sonst ein Verstehen und eine Verständigung nicht möglich sind, ohne einen Teil zu vergewaltigen. Ich verstehe, daß Sie, daß ein Großteil der Regionalräte als Angehörige der italienischen Sprachgruppe unter Programmierung sich etwas anderes vorstellen kann als wir. Sie leben im nationalen Staat. Ihre Vorstellung von der Programmie-

rung bewegt sich im wesentlichen um die Hebung der Prosperität, um die Verwirklichung des wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehens. Sonderwünsche werden zwar bestehen, aber für Sie, das verstehe ich, steht fest, wenn der Staat gut plant, sind Sie als dem italienischen Volke angehörend gut versorgt. Anders bei uns. Bei uns muß die Programmierung auch ein Teil der Sicherung unserer Existenz sein, ja, sie muß es in erster Linie sein. Man kann mit dem Allgemeinwohl, wie das überall heißt und wie das der Staat oft vorschützt, sehr viel Schindluder treiben; das haben auch die Diktatoren getan. Es gab auch eine faschistische Planung zum Wohle aller Staatsbürger. Wir wollen gewiß keine Politik der Isolierung. Wir wissen, daß wir uns in das große Geschehen des allgemeinen Wirtschafts- und Strukturwandels einfügen müssen. Aber auch Italien selbst als Staat und jeder andere Staat versteht eine europäische Programmierung nur so, daß seine Wirtschaft, seine nationale Kraft, daraus gestärkt und nicht, daß sie aufgesaugt wird. Und dasselbe Recht verlangen wir im Rahmen des italienischen Staates, im Namen einer staatlichen Programmierung. Das heißt, auf den für unsere Volksgruppe lebenswichtigen Gebieten muß die Entscheidung bei uns selbst liegen. Ich habe gesagt, Sie gehen den zweiten Schritt. Geben Sie uns diese Entscheidungsgewalt! Sie rufen nach unserer Mitarbeit. Aber wir werden vorläufig den Verdacht nicht los, daß Sie damit nicht unsere Mitentscheidung, sondern nur unsere Mitverantwortung möchten! Alle Lösungsversuche werden scheitern, wenn sie nicht dies zur Voraussetzung haben: echte Entscheidungsgewalt der Volksgruppe in den eigenen lebenswichtigen Fragen. Es liegt nicht bei einem Statut allein, auch nicht beim besten. Im jetzigen Umwandlungsprozeß, der zur Programmierung führt, sehen wir das sehr

deutlich. Auch das Leben eines Staates bringt immer wieder neue rechtliche, neue wirtschaftliche, neue soziale Situationen. Und immer wieder von neuem muß sich die Volksgruppe in dieser geänderten Situation behaupten. Die Autonomie ist daher nicht so sehr eine Frage der Paragraphen, wenn wir auch diese nach den gemachten Erfahrungen möglichst genau fixiert haben wollen, sondern eine Frage der Gesinnung, nicht nur in der Volksgruppe oder in den Volksgruppen, die in der Provinz zusammenleben sollen, sondern auch dort, wo wir in der Minderheit sind, in der Region und im Staat. Der stärkere Teil trägt auch die größere Verantwortung für eine Befriedung und für eine Lösung in unserer Frage und für eine Lösung in Südtirol.

(La fine dell'attuale legislatura ci consente uno sguardo d'insieme sulla complessa attività svolta dalla Giunta. Potrei dire che essa ha senz'altro trovato un corso nuovo rispetto a quelle che l'hanno preceduta e sarebbe stolto non riconoscerlo. La Giunta, quando venne formata, non aveva davanti un compito facile ma ha saputo adeguarsi alle esigenze ed alla reale situazione; essa è una tipica Giunta di transizione che dispone di una maggioranza molto limitata e per cui perciò è stato necessario operare con spirito conciliativo in ogni direzione e non solo verso la S.V.P.. Ora questo spirito si rispecchia nelle dichiarazioni del Presidente della Giunta, dichiarazioni in cui è detto fra l'altro: «... Spirito che riteniamo di avere in ogni occasione dimostrato senza indulgere a impostazioni di parte, le quali, prima ancora di incontrare una ripulsa in quest'aula, avrebbero posto in crisi l'Istituto regionale, con quali conseguenze e con quali incerte prospettive indubbiamente a nessuno sfugge». E' chiaro che la Giunta era consapevole della difficile situazione dovuta alla base ristretta su

cui poggia. Infatti ciò risulta inequivocabilmente da un altro punto della relazione del Presidente della Giunta: « Ciò suffraga ulteriormente la validità dell'impostazione della Giunta attraverso l'assunzione cosciente di responsabilità che comunque dovevano essere assunte, pena la aperta quanto ingiustificata professione di incapacità politica da parte di noi tutti a sapere e a volere servirci degli strumenti che abbiamo a nostra disposizione, per dar vita e sostanza al nostro proposito di servire degna- mente le popolazioni che credono negli istituti autonomistici e che da noi tutti molto si at- tendono per la loro esistenza e per la loro pro- sperità ». Non si trattava quindi solo di salvare la Regione ma c'era anche una responsabilità del partito di maggioranza, il quale correva e corre il rischio di un fallimento sul piano pol- itico. Non era questa una Giunta che poteva quindi indulgere alle discussioni politiche ma una Giunta che doveva guardare alle cose pra- tiche e cercare delle soluzioni. « Questi fatti — dice il Presidente della Giunta — vanno con- siderati positivamente e rappresentano, non so- lo a giudizio nostro, dei fattori positivi e con- creti che agiscono favorevolmente ed in modo incisivo sull'evolversi della situazione verso so- luzioni che tornino di gradimento e di vantag- gio per le nostre popolazioni ». Si trattava dun- que di promuovere uno sviluppo economico e sociale e perseguire una valorizzazione dello Statuto regione per cui si è evitato di im- postare dibattiti politici. Il mezzo per raggiun- gere questo fine è stata un'attività amministra- tiva intensificata. Posso dire che, dal punto di vista legislativo, questo periodo è stato uno dei più fecondi. Penso che il Consiglio condivida questa opinione che non vuole essere nè di lo- de nè di biasimo; noi siamo qui per promuo- vere il bene delle nostre popolazioni e perciò la discussione dev'essere pacata ed obiettiva. Il

Presidente della Giunta non ha fatto economia di lodi alla sua Giunta, particolarmente per quanto riguarda l'attività legislativa. Egli dice: « . . . un buon numero di leggi è stato appro- vato dal Consiglio ed attorno ad esse si è regi- strata una convergenza di consensi che sta a dimostrare la bontà e l'obiettività delle varie iniziative proposte. Questo mi sembra debba essere subito detto perché, secondo la valuta- zione che la Giunta ne fa, questo fatto rap- presenta un notevole superamento di posizioni politicamente preconcette, per lasciar posto a valutazioni concrete sulle possibilità operative che il nostro attuale ordinamento ampliamente consente ». Questo significa dunque, per con- cludere in base alle parole del Presidente della Giunta regionale, che si è messa in primo pia- no non la discussione politica ma l'azione eco- nomica e sociale. Forse non siamo coscienti del fatto che nello sfondo di questa attività ci può essere appunto l'intenzione di far dimenticare i problemi politici; ed in parte questo effetto non è del tutto mancato perché in realtà di richieste politiche non si è mai parlato. C'e- rano e ci sono delle voci locali secondo cui la politica sociale ci fa progredire in un'altra di- rezione e che ci esortano ad inserirci in questa politica per trarne i maggiori vantaggi possibili. Ciò pone senz'altro il problema della nostra assenza dalla Giunta. Il Presidente della Giunta stessa ha accennato in più occasioni a questa situazione e dichiarato fra l'altro: « Ragione- volmente, ciò sembra a noi debba essere detto, per affermare la nostra convinzione che gli atteggiamenti e le posizioni di assenza non sono i mezzi più idonei a perseguire una buona po- litica, ma che anzi con essi si corre il pericolo di trovarsi tagliati fuori dalla direzione del paese, con la conseguenza inevitabile di dover accettare, sul piano parlamentare, l'iniziativa di chi si è assunta la responsabilità di ammi-

nistrare la cosa pubblica ». Con una dichiarazione del genere il Presidente della Giunta dimostra di non tener conto in alcun modo delle ragioni che determinarono l'uscita dei rappresentanti della S.V.P. dalla Giunta regionale. Una delle ragioni più gravi è data dal fatto che nella Giunta regionale venivano prese delle decisioni che interessavano la vita delle nostre popolazioni contro la volontà dei nostri rappresentanti, mentre si diceva che la S.V.P. era partecipe di queste decisioni. Per noi non si tratta di perseguire esclusivamente dei fini economici; per la S.V.P. restano in primo piano le questioni politiche. La soluzione della nostra controversia può avvenire solo sul piano politico e non mediante delle buone leggi sociali. Quali profonde divergenze di visione ci siano lo vediamo nelle affermazioni fatte dal Presidente della Giunta nel punto in cui afferma: « Mi sembra anche doveroso sottolineare l'ampia maggioranza sempre costituitasi attorno alle iniziative legislative della Giunta, maggioranza proveniente da tutti i gruppi linguistici rappresentati in Consiglio. Basta dire che su 47 disegni di legge approvati nell'anno 1963, ben 37 hanno avuto il voto favorevole della S.V.P. mentre 4 sono stati approvati con la sua astensione. Tale situazione è indice di una volontà di collaborazione intesa a far sì che la Regione operi per la continuità del benessere dei cittadini regionali ». Appunto qui si può constatare la differenza nel giudicare la situazione, differenza a cui ho accennato prima: per noi l'attività legislativa ed amministrativa serve a garantire le esigenze vitali del nostro gruppo etnico. Perciò l'analisi da noi fatta dell'attività della Giunta regionale riesce un po' diversa da quella del suo Presidente. Certo anche noi abbiamo approvato delle leggi economiche e sociali che tornavano a beneficio di tutti i cittadini della Regione senza distinzioni di lin-

gua o di gruppo etnico e sarebbe demagogico non ammetterlo. Sarebbe però altrettanto demagogico trarne la convinzione che noi approviamo l'attuale ordinamento autonomo. Noi non vogliamo negare il nostro riconoscimento a quanto è stato realizzato ma ci si conceda di affermare anche che i disegni di legge approvati a stragrande maggioranza col nostro concorso non hanno niente a che fare col nostro atteggiamento nei confronti dell'attuale ordinamento. Vorrei anche osservare che nella dichiarazione del Presidente della Giunta non si parla affatto delle leggi di iniziativa consiliare; si dice semplicemente che esse sono state presentate dalla Giunta e che su 47 leggi, 37 sono state approvate col voto della S.V.P. e solo 4 con la sua astensione. Questo è vero, ma se guardiamo bene la relativa tabella degli allegati al bilancio, tutto ci apparirà in una luce ben diversa. Possiamo vedere che c'è stata una media di presenze in aula di 34 consiglieri e, se guardiamo alle leggi approvate, possiamo constatare che soltanto 17 lo sono state a grande maggioranza, vale a dire con un numero superiore ai 30 voti, e solo due all'unanimità. Ben 30 leggi sono state approvate con 25 voti, il che significa che più della metà dei disegni di legge sono stati approvati con una maggioranza che non merita di essere definita tale. Se poi consideriamo le leggi respinte, vediamo che esse sole rappresentano il 21%; il conto è quindi un po' diverso da quello presentatoci. Ma non vorrei limitarmi alle sole considerazioni statistiche: molto più indicativo è un esame delle leggi approvate a grande maggioranza a paragone con quelle approvate con una forte opposizione. Non bisogna dimenticare che normalmente un Governo deve disporre di una maggioranza e che la maggioranza dei voti per l'approvazione di una legge è una regola e nessuno se ne può fare un merito particolare. Mi riferisco ora alle

17 leggi approvate con 30 voti o più: 2 sono leggi di incremento per l'industria, 3 riguardano i lavori pubblici, una gli espropri, una la fidejussione dell'Azienda elettrica consorziale di Bolzano, 5 sono leggi di indirizzo sociale, 2 leggi di incremento per il commercio, 2 leggi riguardano cooperative e magazzini ed infine una Velon. Tutto ciò conferma in sostanza quanto ho detto prima: le leggi di incremento economico e le leggi sociali saranno approvate logicamente anche dall'opposizione se non vuole essere demagogica, se non vuole negare il suo benessere a leggi economicamente e socialmente positive per poi criticare. E questo è appunto quello che volevamo evitare. Consideriamo invece ora le 12 leggi approvate nonostante una forte opposizione: 3 riguardano i piani pluriennali, 2 le leggi elettorali, una l'ordinamento degli uffici, 2 il turismo e lo sport, 2 la denominazione di frazioni, una l'Istituto trentino di Cultura, questa per noi questione di principio, una la centrale del Leno. Vediamo dunque che si tratta per la maggior parte di leggi che implicano una decisione politica; quando si voglia verificare se abbiamo tenuto conto o no dei desideri e delle aspirazioni della minoranza, allora non bisogna guardare se abbiamo presentato ed appoggiato leggi di sovvenzionamento, leggi economiche o sociali, ordinamento del personale od assicurazioni sociali ecc. ma constatare invece se ci siamo adoperati in favore di leggi necessarie per la minoranza etnica in campo politico e se abbiamo tenuto conto dei desideri della stessa. Con questo elenco credo di aver dimostrato a sufficienza come la Giunta si sia sempre opposta, in campo legislativo, alle nostre esigenze politiche. Da questo punto di vista il quadro si presenta dunque in tutt'altro modo. Noi dovremmo, anzi credo dobbiamo, far posto anche a tali considerazioni. Restiamo perciò anche qui realisti, senza dare ad in-

tendere a noi stessi ed agli altri cose che non esistono. E' stato infatti il dare continuamente alla partecipazione della S.V.P. alla Giunta il significato di un'approvazione della politica della Giunta stessa a contribuire al nostro ritiro dal Governo regionale. Il cercare di trarre capitale politico dalla nostra approvazione di leggi singole di carattere economico e sociale metterebbe in seria difficoltà anche la nostra posizione in Consiglio. Tanto sull'argomento legislazione.

Vorrei aggiungere qui una breve osservazione sull'art. 14, di cui nella relazione non si parla molto; forse potremo parlarne ancora da un'altra posizione. Sapete anche voi come esso sia attualmente applicato e perciò non occorre che ne faccia cenno: questa applicazione è comunque dieci anni in ritardo. Bisognerà sempre riconoscere la buona volontà, cioè la volontà di abbandonare l'opposizione all'applicazione dello Statuto, anche se con dieci anni di ritardo e non completamente. Quando la Giunta dice che considera suo dovere accennare al fatto che della delega di funzioni amministrative è stato fatto uso in tutte le leggi in cui essa era possibile, io per parte mia vorrei soltanto osservare che non è affatto vero perché esiste tutta una serie di leggi per cui non la Giunta ma le commissioni hanno proposto l'applicazione del principio di delega delle funzioni amministrative. Per questo non possiamo sottrarci all'impressione che non sia stata una particolare inclinazione per il nostro gruppo etnico a portare ad una soluzione del genere ma piuttosto una scelta del minore dei mali, cioè la delega delle funzioni amministrative invece dell'incombente revisione completa. Signori miei, permetterete allora che anche noi scegliamo la via migliore e più sicura delle due a disposizione: cioè quella che porta ad una modifica

dello Statuto nel senso di una vera autonomia provinciale.

Vorrei ora trattare alcune questioni particolari riguardanti l'amministrazione. Anche in questo campo il Presidente si dice soddisfatto del suo lavoro e di quello della Giunta: nella sua relazione ci suggerisce addirittura la lode. Le esperienze fatte possono far apparire necessari magioramenti e perfezionamenti specialmente per quanto riguarda le direttive e la programmazione delle attività amministrative: nel complesso però si può definire soddisfacente il lavoro fatto. Non posso qui prendere in esame tutta l'attività amministrativa né tutte le rubriche, e neanche voglio ritornare ancora sulla questione dell'ordinamento degli uffici, già trattata poco tempo fa. Dalla relazione rilevo che si è provveduto ad un rafforzamento degli uffici che si occupano di studi, programmazione, statistica e preparazione delle leggi: tutto ciò è importante e va riconosciuto. Noi, come ente di recente costituzione e che dispone di poca esperienza e forse anche di personale non molto esperto, abbiamo particolare bisogno di tali uffici. Ora questi ci sono e vedremo quale uso saprà farne la Regione. Insieme alla relazione del Presidente è stato presentato un allegato sul personale in cui si afferma che il maggiore ostacolo ad un comune trattamento economico del personale dei tre enti è rappresentato dalla differenza nel trattamento giuridico ed economico riservato al personale dalla Regione e dalle Province. Credo che la difficoltà venga soprattutto dalla Regione ed in altre occasioni ho già accennato al fatto che la competenza nel campo dell'ordinamento degli uffici e del personale ci dà la possibilità di dare a questo personale un ordinamento nostro, mentre l'ordinamento regionale rimane nonostante ciò ancorato a quello dello Stato. Fin tanto che sussisterà questo vincolo, o manche-

rà l'applicazione della competenza o la Regione sarà semplicemente un'appendice dello Stato mentre le Province, che se ne sono staccate, non potranno essere mai messe d'accordo con la Regione. Questo dipende probabilmente anche da funzionari regionali rimasti legati a tale sistema statale: per mutare questa situazione sarà necessario uno spirito nuovo in tutto il settore autonomistico e la sostituzione dei funzionari di mentalità centralistica con altri che comprendano l'autonomia e soprattutto siano animati da spirito autonomistico. Questo detto soltanto in generale. Più di tutto vorrei occuparmi ora dell'attuale stato del personale. Ci sono state sottoposte alcune tabelle che dovrebbero rappresentare un capolavoro dell'ufficio personale. A questo proposito sarebbe forse stato bene cedere alle nostre richieste di nominare un vice-capo del personale. Per esempio vediamo qui i concorsi e la distribuzione dei posti secondo i gruppi etnici, concorsi dove assistiamo ad un miracolo: « posti a concorso riservati al gruppo italiano 6, riservati al gruppo tedesco 6 », dunque in totale 12 posti. Poi leggiamo nella terza colonna « Posti assegnati ai vincitori dei concorsi »: « al gruppo italiano 12, al gruppo tedesco 2, totale 14 ». Dodici posti a concorso, 14 assegnati. Come ciò sia possibile proprio non lo so. Questo si ripete più sotto: vicesegretari, posti a concorso per il gruppo italiano 3, per il gruppo tedesco 2, in totale 5. Assegnati al gruppo italiano: 6).

Interruzioni.

(Sì, sono le cifre presentate. Non riesco a spiegarmi come si possano assegnare più posti di quelli messi a concorso. Non mi riferisco qui al fatto che i posti riservati al gruppo tedesco, non potendo essere occupati, siano stati assegnati al gruppo italiano: questo mi è chiaro e ne sono perfettamente a conoscenza. Mi ri-

ferisco soltanto al fatto che siano stati messi a concorso 12 posti e ne siano stati occupati 14).

Interruzioni.

(Per quanto riguarda i concorsi vorrei accennare anche ad altro. Sappiamo che non tutti i posti si sono potuti occupare ed anche che per alcuni posti non si presentano candidati del gruppo tedesco in numero sufficiente. Queste difficoltà sono state già da noi spesso esposte: ora però vediamo qui un concorso per applicati aggiunti, con 21 posti per il gruppo italiano e 20 per il gruppo tedesco. Ammettiamo che per il gruppo italiano ci sono stati molti più concorrenti, più di 800, ma constatiamo anche che per i 20 posti riservati al gruppo tedesco si sono presentati 115 concorrenti, posti che non richiedono una speciale cultura e dove la vincita del concorso non pone probabilmente particolari difficoltà. Dei 115 concorrenti del gruppo tedesco neanche 20 sono stati giudicati in grado di superare le condizioni del concorso, ma soltanto 17. Mi sembra che questo modo di tenere i concorsi lasci molto a desiderare e che ci sia qualcosa che non va. Così si arriva dunque a questi risultati, cioè all'occupazione dei posti secondo quanto ho descritto sopra. Fidandosi di quanto è scritto qui e leggendo senza avere una conoscenza del campo, si potrebbe arrivare alla convinzione che in Regione si sia quasi raggiunta la situazione ideale. Nelle tabelle infatti, dalle rubriche: Reale, Ideale, Rapporto proporzionale, si ricava una differenza che si può definire scarsa. Situazione reale per il gruppo etnico italiano 369, situazione ideale 357, dunque 12 unità in più. Situazione reale per il gruppo tedesco 167, ideale 179, 12 unità in meno. E qui comincia la storia. Il numero ideale per il gruppo tedesco, essendo questo il più debole, non si può riferire al numero ideale del gruppo italia-

no, tutt'al più a quello reale, che però non è né 357 né 369. Il numero reale degli impiegati già assunti di gruppo etnico italiano dovrebbe rispondere ad un numero ideale di impiegati di lingua tedesca che non sarebbe né 167, né 179 ma 191: infatti i primi ci sono già. A parte questo, si tratta qui esclusivamente di assunzioni e noi non abbiamo mai sostenuto il punto di vista che esse debbano essere fatte in un certo rapporto ma piuttosto che per mezzo di esse debba essere costruito un certo rapporto: non le assunzioni dovranno farsi nel rapporto di 1 a 2 ma alla fine gli effettivi dovranno risultare in un rapporto di 1 a 2. Si tratta dunque di tutt'altra cosa e lo vediamo anche nella tabella di cui sopra, là dove risultano gli impiegati di ruolo: impiegati del gruppo italiano 601 e del gruppo tedesco 167, 73 in meno; impiegati non di ruolo 12 e 0, 4 in meno; operai di ruolo 36 e 10, 14 in meno; situazione totale 867, di cui del gruppo italiano 649 e del gruppo tedesco 177, mentre dovrebbero essere 258. Ne risulterà che di quest'ultimo gruppo etnico mancheranno ancora 81 impegati e se su 177 ne mancano 81 ciò significa che dovrebbe essere assunto ancora il 50% in più di impiegati rispetto a quelli attualmente in servizio. Credo che se attualmente degli impiegati del gruppo tedesco sono in servizio soltanto i 2/3 di quanto dovrebbe, allora non siamo così vicini al rapporto ideale come si cerca di farci credere nella tabella. Interessante non è il rapporto delle assunzioni ma il rapporto degli impiegati assunti.

Porterò poi un secondo esempio, questa volta nel campo dell'assistenza sociale; nel corso del dibattito generale verranno citati senz'altro ancora degli esempi ed altri consiglieri si occuperanno di altre rubriche. Io mi occuperò degli argomenti che mi interessano, con i quali ho più dimestichezza, ed uno di questi è appunto l'assistenza sociale. Se entro dunque qui

più esaurientemente nel merito e se non mi dichiaro soddisfatto di quanto si è fatto, non lo faccio per attaccare l'Assessore competente. In questo caso vorrei soltanto far notare il sistema, che forse è sbagliato. Ma torneremo più tardi sull'argomento.

Alle dichiarazioni in tema di previdenza sociale vorrei premettere alcune osservazioni di ordine generale senza per questo occuparmi dettagliatamente della situazione sociale ed economica. Nelle relazioni del Presidente della Giunta e dell'Assessore alle finanze si ammette per lo più la profonda crisi che travaglia l'agricoltura, crisi che colpisce specialmente la popolazione di lingua tedesca in Sudtirolo. Anche se ormai non è più il 70% della popolazione sudtirolese, come dieci anni fa, che deriva il suo sostentamento unicamente dall'agricoltura in senso più ampio, la sua percentuale è pur sempre molto alta. Per questo la crisi non si riferisce soltanto all'agricoltura ma anche ai lavoratori agricoli, ai piccoli coltivatori diretti. Le conseguenze si vedono anche nel fatto che migliaia di appartenenti al nostro gruppo etnico devono cercare lavoro al di fuori della provincia perché la situazione sociale non lascia aperta nessun'altra via. Dalle tavole risulta che l'incremento del reddito nella provincia di Trento è stato del 9%; cifra che dovrebbe però riferirsi all'anno 1962 perché ancora non si dispone dei dati per il 1963. L'incremento del reddito pro capite nella provincia di Bolzano è invece soltanto del 5%: faccio queste osservazioni per dare un quadro generale della situazione sociale e per rendere comprensibili i dati successivi. Vediamo che la quota di incremento del prodotto lordo industriale è dell'8,5%, quella dei servizi del 6% e quella dell'edilizia del 3%, mentre la quota dell'agricoltura registra un deficit del 2%: il regresso del reddito agricolo è addirittura del 20%. Con

ciò, e credo che nessuno potrà negarlo, è appunto la popolazione tedesca del Sudtirolo a trovarsi in una difficile situazione. Infatti se in provincia di Trento l'incremento del reddito era del 9% pro capite ed in provincia di Bolzano del 5% e se consideriamo che la popolazione italiana è formata esclusivamente di elementi dediti all'industria, alle attività terziarie ed all'edilizia — ragione per cui ho citato prima l'incremento in questi settori — risulterà chiaro che in provincia di Bolzano questo 5% di incremento del reddito va ad esclusivo beneficio della popolazione di lingua italiana, mentre quella tedesca non ne avrà probabilmente alcuno, anzi avrà un regresso del reddito. A ciò si aggiunge che i nostri operai sono impiegati soltanto in minima parte nelle attività terziarie ed in quelle relative all'edilizia e che mentre in provincia di Trento l'indice del costo della vita è salito del 6,8%, in provincia di Bolzano è stato registrato un aumento del 7,1%. Da ciò si può dedurre in generale che lo sviluppo economico nel Trentino ha un corso ben più favorevole che in Alto Adige e proprio in campo economico-sociale; si può dire anche che la situazione sia particolarmente sfavorevole e difficile per la popolazione di lingua tedesca.

Ma ritorniamo alla previdenza sociale: leggendo la relazione dell'Assessore alle finanze, a pag. 83 c'è una tabella di equiparazione, si ha l'impressione che alle provincie di Trento e di Bolzano sia riservato lo stesso trattamento nelle assegnazioni. Non ho esaminato più da vicino le cifre dell'Assessore né il modo in cui egli vi è giunto, comunque esse sono eguali per le due province: dimostrerò più tardi come esse non siano reperibili altrove. Per chi non è al corrente delle cose, la provincia di Bolzano è identificata, favorendo così gli equivoci, con la popolazione di lingua tedesca. Ciò può risvegliare l'impressione che la provincia di Trento

e la provincia di Bolzano, cioè l'Alto Adige e dunque la popolazione tedesca, godano delle stesse assegnazioni. Invece non è assolutamente così. Vi prego di aver pazienza se ora presento un'analisi più approfondita dei capitoli relativi. Forse la mia esposizione sarà faticosa per voi, poiché in questi anni mi sono occupato più volte dell'argomento; credo però che anche per voi sarà utile che io faccia un paragone non soltanto con lo sviluppo nel 1963 ma anche con le differenze per il 1960, anno in cui per la prima volta ho affrontato questo argomento. Vediamo che nel 1963 per il cap. 76, che nel 1960 era il cap. 78, dal titolo « Assistenza ai lavoratori, agli emigranti ed ai rimpatrianti anche a mezzo di enti, associazioni ed istituti » si sono stanziati complessivamente 75 milioni, di cui 29.650.000, cioè il 39,5%, sono stati assegnati alla Provincia di Bolzano, il che significa che circa il 60% è andato alla Provincia di Trento. Appunto per farvi ora riferimento ho rappresentato prima la situazione economico-sociale e le sue differenze fra le due province: infatti in base a questa situazione si potrebbe credere che la necessità di aiuti sia maggiore in provincia di Bolzano che in provincia di Trento, con particolare riferimento alla popolazione di lingua tedesca. Alla provincia di Bolzano è stato dunque assegnato il 39,5% di 75 milioni; se consideriamo quanto di questi 29.650.000 è stato assegnato a comuni con maggioranza tedesca arriviamo ad un'altra interessante constatazione. In questi comuni e con la stessa somma viene assistita anche la popolazione italiana e bisogna ammettere che nei comuni a maggioranza italiana, come per es. Bolzano, anche l'assistenza sia distribuita nella stessa proporzione, cioè sia devoluta per la maggior parte alla popolazione italiana. Di questi 29 milioni assegnati alla provincia di Bolzano, 10.800.000, cioè il 36,4%, sono andati

a comuni con maggioranza tedesca mentre 18.650.000 sono andati a comuni o associazioni con maggioranza italiana. Ciò significa che soltanto il 36,4% della somma è stato speso a favore del gruppo tedesco, il 63% invece a favore del gruppo italiano e lo 0,6% a favore del gruppo ladino. Risulta qui evidente una esagerata sproporzione che naturalmente dovrà interessare il gruppo di lingua tedesca: infatti se si fa il rapporto di questa cifra con il totale di 75 milioni, somma su cui anche la popolazione tedesca ha i suoi diritti, si arriva al risultato del 14,4% assegnato al gruppo tedesco e dell'85,6% al gruppo italiano. Queste sono cifre che difficilmente si lasciano negare. Che ora la quota sia del 14, 15 o 15,5% non cambierebbe nulla: rimane il fatto che noi abbiamo ricevuto da questo capitolo soltanto la metà di quanto il gruppo tedesco dovrebbe ricevere. Si pensi soltanto che a tutto il gruppo tedesco si sono assegnati 10 milioni mentre alla sola città di Bolzano ne sono stati assegnati 14, cioè per il solo capoluogo molto di più che per tutto il resto della provincia, per quanto cioè va a favore del gruppo tedesco. Ci si potrebbe osservare ora che avremmo potuto accennarvi anche prima ed esporre prima le nostre lamentele. Prima di tutto posso dichiarare di aver presentato argomenti analoghi nel dibattito sul bilancio 1961: ho accennato già allora al fatto che sarebbe stata necessaria qualche modifica al sistema e che è necessaria una distribuzione diversa dall'attuale. Allora mi è stato assicurato che qualcosa si sarebbe fatto: ora vi citerò, tanto per fare un paragone, quale sia stata la modifica. Per il cap. 78: assegnati complessivamente alla Provincia di Bolzano 82 milioni nel 1960, cioè il 32%, nel 1963 il 39%; quota della popolazione di lingua tedesca, nel 1960 33%, nel 1963 36%; quota della popolazione di lingua italiana a queste spese per Bolzano: nel 1960

64%, nel 1963 63%; spese per la sola città di Bolzano: nel 1960, 12,9 milioni e nel 1963 14 milioni. Come vedete dunque in questi anni non è cambiato nulla: potremmo chiamarla una politica veramente costante. Potrei citarvi ora dati analoghi per altri capitoli: per es. prendiamo il cap. 77 « Contributi e sussidi ad istituzioni, enti ed associazioni con finalità di assistenza e beneficenza » con cui spesso si fa pompa perché le assegnazioni per la Provincia di Bolzano sono maggiori che per quelle di Trento. Lo si cita spesso e volentieri ed è anche giusto: esaminando però la lista si avrà subito la compensazione. Non voglio stancarvi elencando di nuovo tutti i dati: constaterò soltanto come dei 45 milioni assegnati a questo capitolo per il 1963 si siano spesi soltanto 11.385.000, dunque il 25%, per il gruppo tedesco. Anche qui dunque non si tratta di una compensazione ma piuttosto di un ammacco. Lo stesso avviene per il cap. 177 « Contributi per l'acquisto, la costruzione, il riattamento e gli impianti igienico-sanitari, tecnologici e di riscaldamento di edifici destinati all'assistenza ». Di 54 milioni toccano al gruppo tedesco solo 13.626.800, cioè il 25,2%. La situazione è ancora peggiore al cap. 178 « Contributi per l'attrezzatura e l'arredamento di colonie marine e montane e di centri di assistenza invernale e di case per i lavoratori ». Quello che abbiamo ricevuto per tale capitolo non è addirittura constatabile perché l'unica assegnazione è stata quella al Centro turistico giovanile, che dai 18 milioni, come risulta dall'elenco fornитovi, ha ricevuto 169.500 lire, con cui forse è stato sovvenzionato qualche campeggio per la gioventù del gruppo tedesco. Diremo che si trattava, ottimisticamente, di metà della somma e con ciò arriveremo all'1,1%).

Interruzione.

(Ci si dirà che era impossibile farci un'assegnazione per l'attrezzatura di colonie marine, dato che non abbiamo colonie. La mancanza appunto di un generoso appoggio per l'acquisto del terreno e per la costruzione di una colonia nostra porta naturalmente alla conseguenza che non è neanche possibile arredarla. Spero che a partire da quest'anno, ora che l'iniziativa è stata lanciata, la Regione intervenga con adeguati finanziamenti affinché finalmente anche il gruppo tedesco abbia una colonia. Riassumendo ora i capitoli citati si ottiene una spesa complessiva di 192 milioni: di questi soltanto 39.096.550, cioè il 20%, sono andati a favore del gruppo di lingua tedesca. Dunque di tutte le assegnazioni per la previdenza sociale soltanto il 20% è stato speso per il gruppo etnico tedesco mentre la sua spettanza sarebbe di 64 milioni. Questo significa che il gruppo tedesco ha ricevuto 25 milioni in meno, calcolando il 1960 sono altri 30 milioni. Signori miei, potete credermi quando vi dico che il gruppo etnico tedesco ci ha scapitato, in questi quattro anni — 1960, 1961, 1962, 1963 —, per circa 100 milioni, le cifre parlano. Da tre anni tento di realizzare un coordinamento, da tre anni vi insisto od insisto che è necessaria una delega. Ormai sono convinto che questo coordinamento non sia possibile, perché esso non è stato fatto in questi tre anni, e che, se si vuole introdurre un nuovo ordinamento, questo sia possibile soltanto attraverso una delega alla Provincia di Bolzano. Esistono parecchi servizi sociali ma si dice che mancano le domande: questo è stato detto del resto già nel 1961, nel 1962 e di nuovo nel 1963. Posso capirlo benissimo: abbiamo i servizi sociali della Regione, l'assistenza ginecologica ed all'infanzia, l'istruzione professionale, la riqualificazione dei malati, abbiamo inoltre inchieste sociali, un dispensario neurologico, servizi questi che la Regione tiene in fun-

zione in provincia di Bolzano così come fa contemporaneamente la Provincia di Bolzano per il suo territorio. Ora se agli uffici non vengono domande ed i bisogni nonostante ciò esistono, questo non significherà cattiva volontà da parte dell'Assessore ma piuttosto che gli uffici non hanno il necessario contatto con la popolazione, anche se essi esistono. Ve ne darò soltanto un esempio: Ho qui una domanda che vi leggo: « La sottoscritta N.N. chiede una sovvenzione per comperare un apparecchio acustico attraverso la ditta tale specializzata in apparecchi sanitari, dichiarandosi del tutto priva di mezzi. I documenti necessari sono stati consegnati tempo fa all'assistente sociale che fa servizio ogni giovedì a Merano. Vi prego cordialmente di voler prendere in considerazione la mia domanda perché un apparecchio acustico mi è assolutamente indispensabile per svolgere il mio lavoro assistenziale ». La domanda porta la data del 2 agosto 1962. Dall'agosto del 1962 questa persona torna di tanto in tanto dall'assistente sociale il giovedì a Merano per sentirsi dire che l'Assessore o l'ufficio non hanno ancora definita la pratica. In questo modo viene meno la fiducia della popolazione nelle istituzioni regionali, a parte il fatto che le domande di apparecchi acustici, protesi, ecc. dovrebbero essere risolte in tutt'altro modo. Molti non possono aspettare finché la lunga procedura si sia conclusa ed hanno bisogno di tali aiuti molto prima. Perché non dovrebbe essere possibile concedere contributi sotto forma di rimborso?).

Interruzione.

(Prego, il caso mi è stato sottoposto soltanto alcuni giorni fa, troppo tardi per chiedere che cosa fosse accaduto della domanda. L'assistente sociale avrebbe almeno potuto dire

alla donna che non c'era alcuna domanda o dare informazioni od anche soltanto dire che la domanda era andata persa e che sarebbe stato meglio presentarne un'altra. Ma non è stato fatto niente di tutto questo: da due anni si tiene a bada questa donna con belle parole. Mi sembra dunque che qualcosa non funzioni in questo campo, ciò è chiaro. La previdenza sociale è dappertutto competenza delle Province ma proprio da noi c'è l'assurdo che in un regime autonomistico essa viene sottratta alle Province. Capisco come il metodo non possa funzionare e non voglio perciò fare alcun rimprovero all'Assessore competente: ho detto anche di voler denunciare il sistema perché forse con uno sforzo comune ci sarà possibile migliorare la situazione. E' chiaro infatti che Trento è per la nostra gente più lontano di Bolzano e che dove è la sede dell'ufficio sarà anche logico che affluiscano domande in maggior numero. Non voglio parlare di ingiustizie ma è logico che la popolazione italiana di Bolzano sia in qualche modo più vicina all'Assessore italiano che la popolazione tedesca nelle valli. E' chiaro che nella nostra provincia gli enti italiani sono più vicini all'Assessore di quanto non lo siano gli enti tedeschi: per questo è impossibile un buon funzionamento, impossibile forse nonostante la maggiore buona volontà. Bisognerebbe dunque effettuare di comune accordo un rivolgimento dalle fondamenta. La riforma è già stata approvata nel 1961 ed io vorrei presentare nel corso del presente dibattito generale una mōzione, con cui ottenere almeno ora che questa riforma in materia di previdenza sociale finalmente si faccia, ed esattamente attraverso un passaggio di tutte le competenze relative alla Provincia di Bolzano. Queste sono soltanto alcune considerazioni sui problemi amministrativi, per cui ho un interesse particolare: ho già detto che altri faranno probabilmente altre os-

servazioni per arrivare a conclusioni forse diverse o migliori.

Vorrei ancora toccare brevemente il tema della programmazione. Essa è necessaria, questo lo sappiamo tutti, e ne vediamo la necessità non fosse altro che nella programmazione del credito, presto indispensabile anche in Regione. Noi non avversiamo la programmazione per questioni di principio: essa mette fine ad un periodo di economia liberale solo nel senso che l'imprenditore singolo continuerà ad esercitare la sua attività liberamente e senza remore ma dovrà adattarsi ai limiti delle indicazioni programmatiche. Non soltanto su piano statale ma anche su piano europeo noi constatiamo una programmazione e la sua necessità. Vorrei però anche accennare al fatto che essa può costituire un pericolo: non dimentichiamo che essa è stata all'inizio di ogni dittatura. La programmazione non è un toccasana che porterà in ogni caso al benessere economico e sociale, essa è solo un metodo ed i suoi risultati dipendono dal modo della sua applicazione. La programmazione è un fatto positivo, essa può condurre all'armonia in campo nazionale ed internazionale e non entrerà qui nel merito delle varie necessità; argomento che forse sorpassa le mie cognizioni. Vorrei far presente solo come l'essenziale in essa sia il principio fondamentale. Per noi questo principio è costituito dall'esistenza del nostro gruppo etnico in campo economico e sociale e se la programmazione dovesse metterla in pericolo allora non possiamo accettarla. Non dobbiamo cadere dall'economia liberale nel materialismo programmatico, cioè nella programmazione per la programmazione, la programmazione soltanto come mezzo alle conquiste economiche e sociali. Centro dovrà restare l'uomo coi suoi valori culturali e religiosi ed il gruppo etnico, e non soltanto il benessere individuale. Della programmazione

abbiamo già fatto una breve esperienza: essa presuppone, e questo vorrei dirlo, un alto senso della responsabilità democratica e specialmente nella nostra provincia essa diventerà una pietra di paragone per la posizione nei riguardi dell'autonomia. Autonomia non significa per noi soltanto il provvedere al benessere sociale ed economico ma anche una specie di autodeterminazione della popolazione entro lo stato italiano, un'autodeterminazione delle proprie forme e fondamenti di vita entro i confini nazionali allo stesso modo come per il singolo l'autodeterminazione della propria vita coincide con i diritti civili ed umani.

A tale riguardo abbiamo fatto negli ultimi 20 anni sufficienti esperienze. Se darete respiro a questa possibilità di autodeterminazione allora riuscirete ad arrivare all'attesa pacificazione. Non dimenticate che noi abbiamo disertato allora la Giunta regionale perché mancava questa possibilità! Non dimenticate che i consiglieri sudtirolesti si sono ritirati una volta dal Consiglio regionale perché non vedevano alcuna possibilità di difendere i loro interessi! Il regime che allora governava la Regione è cadduto, qualche miglioramento c'è stato e noi lo riconosciamo: molte cose però sono migliorate troppo tardi e la prima catastrofe avrebbe potuto essere evitata. Se già quattro anni fa fossero stati in vigore i criteri che oggi la Giunta presenta nella relazione del suo Presidente, allora forse si sarebbe potuta evitare la catastrofe del 1961. Non dimenticatelo, imparate dalla storia! Non stiamo seduti qui soltanto per parlare ma, mi sembra, anche per ascoltare. Avete fatto il primo passo, fate anche il secondo: avete fatto il passo dalla politica della non-applicazione dello Statuto alla politica del tentativo di applicazione, fate anche quello dell'approvazione di una politica di autonomia per il Sudtirolo! Se dovremo capirci e farci capire, pos-

siamo bensì parlare due lingue diverse ma ognuno dovrà comprendere la lingua dell'altro anche sull'argomento dell'autonomia, altrimenti non saranno possibili né una comprensione né un accordo senza che una delle due parti debba subire la violenza. Capisco che la maggior parte dei consiglieri regionali, in quanto appartenenti al gruppo italiano, abbiano un'idea della programmazione diversa dalla nostra. Essi vivono in uno Stato nazionale e la loro concezione della programmazione si riferisce soprattutto all'innalzamento del livello di prosperità, alla realizzazione del benessere economico e sociale. Aspirazioni particolari ce ne saranno sempre ma per voi, e questo lo capisco, è sicuro che se lo Stato programma validamente, anche voi, come italiani, siete a posto. Per noi è diverso, anche se pure per noi la programmazione dev'essere una parte della sicurezza dell'esistenza, addirittura con importanza preponderante. Il cosiddetto benessere comune è spesso preso a pretesto dallo Stato e si può avvilirlo a piacere come hanno fatto anche i dittatori: esisteva infatti una programmazione fascista per il bene di tutti i cittadini. Noi non siamo senz'altro favorevoli ad una politica di isolamento e sappiamo di doverci inserire nei grandi avvenimenti di generale modifica strutturale ed economica. Però anche l'Italia stessa come Stato ed ogni altro Stato intende la programmazione europea come un rafforzamento e non come un assorbimento della sua economia e della sua potenza nazionale. Lo stesso diritto chiediamo noi nell'ambito dello Stato italiano, in nome di una programmazione statale; noi dobbiamo cioè aver facoltà di decidere in tutti quei campi che sono di importanza vitale per il nostro gruppo etnico. Vi ho esortati a fare il secondo passo, a darci questa facoltà di decisione. Voi chiedete la nostra collaborazione ma noi non sappiamo per ora li-

berarci dal sospetto che voi non vogliate da noi una collaborazione ma piuttosto una corresponsabilità. Tutti i tentativi di soluzione saranno frustrati se non partirete dalla premessa della necessità di una vera facoltà di decisione da parte del nostro gruppo etnico in tutte le questioni per esso di vitale importanza. Non è solo questione di Statuto, fosse anche il migliore, e questo lo vediamo chiaramente nell'attuale processo di trasformazione che sfocia nella programmazione. Anche la vita di uno Stato comporta sempre nuove situazioni giuridiche, economiche e sociali ed ogni volta il nostro gruppo etnico dovrà farsi valere in tale mutata situazione. L'autonomia non è perciò tanto una questione di paragrafi, anche se in base alle passate esperienze vorremmo averli il più precisi possibile, quanto una questione di atteggiamento e non soltanto all'interno del gruppo o gruppi etnici che devono convivere nel territorio della provincia ma anche dove noi siamo in minoranza, nella Regione e nello Stato. La maggioranza ha maggiori responsabilità nella pacificazione e nella soluzione del nostro problema, del problema dell'Alto Adige).

PRESIDENTE: E' prenotato a parlare il cons. Corsini. Vuol prendere la parola? E' tardi... La seduta è tolta, riprende alle ore 15.

(Ore 12,00).

Ore 15,20

PRESIDENTE: La seduta riprende; la parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Rinuncio al mio primo intervento, signor Presidente.

PRESIDENTE: Ma i consiglieri stanno arrivando...

CORSINI (P.L.I.): Non prendo la parola; voglio rimeditare alcune conclusioni della Corte Costituzionale.

PARIS (P.S.I.): E allora, signor Presidente?

PRESIDENTE: La seduta è iniziata; ho dato la parola al cons. Corsini, che ha rinunciato. C'è qualcun altro che vuole parlare? An-

cora una volta chiedo: c'è qualcuno che vuole prendere la parola? altrimenti devo chiudere la discussione generale.

La seduta è sospesa per dieci minuti.

(*Ore 15,23*).

Ore 15,35

PRESIDENTE: La seduta è tolta; i lavori sono rinviati a domattina alle dieci.